

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

März 1972

Evangelische Verantwortung

Heft 3/1972

„Nein“ zu den Ostverträgen

Gerhard Schröder

Der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Dr. Gerhard Schröder, begründete in einem vieldiskutierten Artikel in der Wochenzeitung „Die Zeit“ das „Nein“ der Opposition zu den Ostverträgen. Nachfolgend finden Sie den Artikel in ungekürzter Fassung.

I. Die politische Kontroverse zwischen Bundesregierung und Opposition um die Ostpolitik, insbesondere die Verträge von Moskau und Warschau, wird die kommenden Monate beherrschen. Ich hoffe sehr, daß die Auseinandersetzung auf beiden Seiten in dem Bewußtsein geführt wird, daß Regierung und Opposition nur den Wunsch haben können, den Interessen unseres Volkes auf das beste zu dienen. Daher sollte der Bundesregierung nicht vorgeworfen werden, sie verate deutsche Interessen, sie betreibe einen Ausverkauf, sie kapituliere, noch sollte die Opposition umgekehrt von der Bundesregierung bezichtigt werden, sie sei gegen den Frieden.

Es wäre verhängnisvoll, sollte es über die Ostverträge zu einer Zerreißprobe innerhalb unseres Landes kommen. Dafür tragen beide Seiten eine große Verantwortung, der sie sich bei allen Äußerungen bewußt sein müssen. Das gilt zu allererst für die Bundesregierung und die sie tragenden politischen Kräfte selbst, weil es den größeren Aktionsmöglichkeiten der Regierung, also ihrer Prerogative des Handelns entspricht. Die Regierung darf keinen Anstoß daran nehmen, wenn die Opposition ihr gegenüber

Aus dem Inhalt

„Nein“ zu den Ostverträgen	1
20 Jahre EAK — Rückblick auf Siegen	
Keine Freiheit ohne Sicherheit	5
Peter Egen	
„C“ für Fortschritt — Wagnis aus Verantwortung	7
Gerd Langguth	
Zur Situation an der Hochschule	8
Eberhard Amelung	
Zum Verlauf des innerdeutschen Dialogs	10
Jürgen Wohlrabe	
Leserbriefe	12

überwiegend kritisch, ja mißtrauisch ist, denn damit erfüllt die Opposition lediglich ihre normale Rolle innerhalb der parlamentarischen Demokratie.

Die Fairneß im politischen Kampf soll und muß also verhindern, daß mit vergifteten Waffen gekämpft wird. Sie soll natürlich nicht verhindern, daß hart und — wenn nötig — scharf gekämpft wird. Beide Seiten können nur dann überzeugend wirken, wenn sie ihre Positionen und ihre Argumente klar und verständlich darlegen.

Zu schmale Basis

II. Die Regierung betreibt ihre Politik auf einer halsbrecherisch schmalen Basis. 251 Abgeordnete

gegenüber 245 Abgeordneten, also eine Mehrheit von sechs Stimmen, sind zuwenig, um eine überzeugende Unterstützung in dieser Frage nach drinnen und draußen zu geben. Dies gilt um so mehr, wenn man weiß, daß die Mehrheit der Regierung brüchig und bröckelig ist, wie sich erwiesen hat und erweisen wird. Entweder ist das Projekt der Regierung nicht so weittragend, wie sie behauptet, oder aber sie ist verpflichtet, ihr Projekt auf eine breitere Basis zu stellen. Wenn es aber so weit trägt, wie sie behauptet, ist es völlig unangemessen, an die Opposition ständig die Frage zu richten, ob sie es verantworten könnte, das Scheitern des Projekts auf sich zu nehmen. Die Opposition ist nicht verpflichtet, ein „Not-Aggregat“ der Regierung zu sein. Die Regierung allein trifft die Verpflichtung, für ihre Politik eine sichere Mehrheit zu schaffen.

Die Regierung würde sich wahrscheinlich auf das, was ich „halsbrecherisches Risiko“ genannt habe, nicht eingelassen haben, wenn sie nicht glaubte, auf dreifache Weise abgesichert zu sein: durch eine stillschweigende oder ausgesprochene Zustimmung im Westen, eine laute Zustimmung im Osten, und eine breitere Zustimmung im Innern.

Die stillschweigende oder ausgesprochene Unterstützung im Westen legt natürlich die Frage nahe: Cui bono? Niemand wird von unseren westlichen Partnern und Freunden erwarten dürfen, daß sie deutscher sind als die Deutschen selbst. Sie können bis zum Beweis des Gegenteils darauf vertrauen, daß die Bundesregierung sich im Rahmen ihrer Bündnisverpflichtungen und anderer Bindungen hält.

Wie steht es mit der vermuteten breiteren Zustimmung im Innern? Wenn wir die letzten Landtagswahlen als ein Kriterium ansehen wollen, so gibt es keine stillschweigende größere Zustimmung im Innern als die knappe und bröckelige Regierungsmehrheit selbst.

Soweit Befragungen eine solche Zustimmung widerzuspiegeln scheinen, muß man sich sehr genau die Fragestellung, die vorangegangene Diskussion und die Ergebnisse der Befragung unter solchen Umständen ansehen. Ich bezweifele also, daß die drei Momente, die ich genannt habe, tatsächlich geeignet sein könnten, die zu schmale Basis zu erweitern.

Verstärkte Einflußmöglichkeit für die UdSSR

III. Die Haltung der Regierung führt dazu, den Spielraum und die Einflußmöglichkeit der Sowjetunion in Mittel- und Westeuropa zu erweitern, ohne daß dies durch Leistungen der Sowjetunion selbst kompensiert würde. Es muß und wird sich zunehmend ein falsches Sicherheitsgefühl entwickeln, das angesichts der konventionellen Überlegenheit der Sowjetunion und ihrer Partner unberechtigt ist. Gleichzeitig muß ein solches falsches Sicherheitsgefühl dazu füh-

Für seine Verdienste um die Bildungspolitik wurde Dr. Lothar Wiedemann, Direktor der Evangelischen Sozialakademie Friedewald, mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet.

Der ehemalige Leiter der Akademie Bad Boll, D. Dr. Eberhard Müller, erhielt im Januar aus der Hand des Staatssekretärs im Stuttgarter Kultusministerium, Prof. Dr. Wolfgang Meckelein, das Große Bundesverdienstkreuz. Vor der Ehrung für Müller waren seine Nachfolger, die Pfarrer Christoph Bausch, Klaus Lubkoll und Paul-Gerhard Selz, vom württembergischen Landesbischof Helmut Claß in ihr Amt als neue Direktoren der Akademie eingeführt worden.

ren, die auf gemeinsame Verteidigung abgestellten Bestrebungen des Westens zu schwächen und seine Kraft und Anstrengung zum Zusammenhalten zu vermindern. Es spräche gegen die natürliche Erfahrung, wenn sich diese Veränderung der Lage nicht auch in dem für uns schlechthin lebenswichtigen amerikanischen Engage-

ment als ein Minusposten niederschlagen sollte. Ich verzichte darauf, einzelne Schritte der Bündnispartner zu analysieren, die in dieser Beziehung zum Nachdenken Anlaß geben.

IV. Die vielleicht folgenreichste Veränderung ergibt sich im innerdeutschen Verhältnis zur DDR. Diese Politik hat mit der praktischen Anerkennung zweier Staaten in Deutschland begonnen. Sie ist — vielleicht zwangsläufig — darauf angelegt, den internationalen Einfluß und die internationale Stellung der DDR zu verstärken, zu Lasten des innerdeutschen Zusammenhalts und unter Vertiefung der Demarkationslinie, die durch Deutschland geht.

Mittel und Wege der jetzigen Bundesregierung sind nicht richtig

V. 1. Die Auseinandersetzung geht nicht um die Ziele dieser Politik, wenn man darunter versteht: Festhalten am Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen, friedliche Beziehungen, Verständigung, Gewaltverzicht und Zusammenarbeit auch mit den Staaten Osteuropas einschließlich der Sowjetunion. Dies alles sind Elemente einer Politik, die wir über viele Jahre hindurch praktiziert haben.

2. Die Wege und die Mittel aber, auf denen und mit denen die Bundesregierung diese Ziele zu erreichen sucht, halten wir nicht für richtig. Die Auseinandersetzung um die Ostpolitik geht also um ihre Wege, ihre Methoden und die ihnen zugrundeliegenden Bewertungen politischer Begebenheiten und Entwicklungsmöglichkeiten. Hier allerdings scheiden sich die Meinungen.

Aus der vielfältigen — und nicht immer widerspruchsfreien — Argumentation der Regierung möchte ich folgendes als mir wesentlich erscheinend festhalten:

Bei der Sowjetunion bestehe eine Bereitschaft zu einem Ausgleich mit der Bundesrepublik Deutschland, beruhend auf teils außenpolitischen, teils innenpolitischen Motivationen zu mehr Zusammenarbeit mit dem Westen. Unter außenpolitischen Motivationen wird häufig das Stichwort „Volksrepublik China“, aus dem innenpolitischen Bereich wer-

den die Interessen der sowjetischen Industriegesellschaft genannt. Diese Bereitschaft gelte es zu nutzen.

Im Moskauer Vertrag — um einmal nur von diesem als dem „Hauptinstrument“ zu sprechen — hat die Sowjetunion nach Auffassung der Bundesregierung — wie auch nach sowjetischer Einschätzung — wichtige Konzessionen gemacht: Verzicht auf formelle völkerrechtliche Anerkennung der DDR, Verzicht auf Anerkennung Westberlins als „selbständige politische Einheit“, Verzicht auf Anwendung der sogenannten Interventionsartikel 53 und 107 der UN-Charta gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, Anerkennung des Weiterbestehens der Viermächteverantwortung für Deutschland als Ganzes. Weiter wird darauf hingewiesen, daß die Sowjetunion beim Aushandeln der Viermächtegehung für Berlin Konzessionsbereitschaft gezeigt habe.

Polen seinerseits habe im Warschauer Vertrag hingenommen, daß die Bundesregierung zu einer völkerrechtlich endgültigen Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens nicht in der Lage gewesen sei — sagen wir richtiger — rechtlich nicht in der Lage gewesen sei.

Als Vorteile der Verträge stellt die Bundesregierung dar: Es sei mit ihnen die Grundlage für den weiteren Ausbau der Beziehungen in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht gegeben; der Frieden werde durch sie sicherer; die durch sie bewirkte „Entkrampfung“ werde im Laufe der Zeit zur Verwirklichung der Grundrechte in ganz Europa führen, zum Beispiel der Freizügigkeit; es werde über ein „geregelttes Nebeneinander“ zu einem „Miteinander“ der beiden Teile Deutschlands kommen; endgültige Grenzregelungen seien nicht erfolgt, da die Bundesregierung nur für die Bundesrepublik Deutschland sprechen, einen künftigen gesamtdeutschen Souverän aber nicht binden könne; für den weiteren Zusammenschluß Europas sei förderlich, wenn nicht Voraussetzung, daß die Bundesrepublik keine Grenzprobleme im Osten mehr habe.

Schließlich legt die Bundesregierung besonderen Wert auf die Feststellung, daß ihre Ost- und Deutschlandpolitik die Zustimmung unserer westlichen Verbündeten finde und somit eingebettet sei in die Politik

der Entspannung, die sich im weltweiten Rahmen die Vereinigten Staaten und für den europäischen Bereich die NATO als Aufgabe gestellt haben.

Vertiefung der Teilung

VI. Bei Würdigung dieser Argumente fällt von vornherein auf, daß die Bundesregierung überwiegend, ja fast ausschließlich mit Hoffnungen auf die Zukunft arbeitet. Es ist sicher richtig und ihr insoweit nicht vorzuwerfen, daß der Politik oft ein spekulatives Element innewohnt, da hier nicht immer wie bei der exakten Wissenschaft mit festen berechenbaren Größen und Werten gearbeitet werden kann, sondern zu einem großen Teil mit Entwicklungen und inneren Vorstellungen. Es muß jedoch schwere Bedenken erwecken, wenn die Vorteile schriftlich fixierter, vertraglicher Abmachungen weniger aus dem Vertragstext als aus auf Interpretation beruhenden Hoffnungen und Erwartungen nachgewiesen werden. Dies ist um so bedenklicher, als — und es handelt sich hier um einen gravierenden Faktor — die Interpretation und die Anwendung der Verträge durch die Vertragspartner in entscheidenden Punkten nicht nur unterschiedlich, sondern sogar gegensätzlich ist.

Während die Bundesregierung erklärt, die Verträge stellten einen Modus vivendi, eine Beschreibung des Bestehenden, der vielberufenen „Realitäten“ dar, keinesfalls jedoch eine Anerkennung, lautet das Echo aus dem östlichen Bereich — teilweise aber auch aus dem Westen und aus der Dritten Welt — ganz anders. Dort werden die Verträge als Anerkennung des Status quo und damit auch der Teilung Deutschlands aufgefaßt und ausgelegt.

Wenn die Bundesregierung sich auf den Wortlaut der Verträge beruft, in denen tatsächlich der Begriff „Anerkennung“ nicht vorkommt, muß ihr leider entgegengehalten werden, daß sie zwar formal recht hat, daß aber die politische Wirkung der Verträge weiterhin entgegengesetzt ist und zu befürchten steht, daß die formalen Vorbehalte der Bundesregierung

als verbale Pflichtübung gewertet, besser entwertet werden.

Die Teilung Deutschlands wird daher — und das begründet unsere schwersten Bedenken gegen den Moskauer, aber auch gegen den Warschauer Vertrag — vertieft, die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts für alle Deutschen erschwert.

Norwegens Außenminister:

Thema Christenverfolgung gehört vor die UNO

Nach Ansicht des norwegischen Außenministers Andreas Cappelen gehört die Frage von Christenverfolgungen in den Ländern des Ostblocks vor die Vereinten Nationen. Seine Regierung allein habe sehr wenig Möglichkeiten der Intervention, sagte der Minister, der damit eine Anfrage der Parlamentsabgeordneten Frau Bergfrid Fjose (Christliche Volkspartei) beantwortete. Die Parlamentarierin hatte besonders auf die Lage der illegalen Baptisten und Evangeliumschristen in der Sowjetunion hingewiesen.

Dazu trägt auch bei, daß das im Deutschland-Vertrag niedergelegte Engagement unserer drei großen westlichen Verbündeten, zu einer freiheitlichen Lösung der deutschen Frage beizutragen, durch Verträge mit der beschriebenen politischen Wirkung mit Sicherheit nicht gestärkt, eher vermindert wird. In diesem Lichte muß auch die häufig zitierte Zustimmung der Verbündeten zur Politik der Bundesregierung gewertet werden. Niemand kann von ihnen erwarten, daß sie deutsche Interessen wahrnehmen, die von der Bundesregierung selbst vernachlässigt werden oder aufgegeben scheinen.

Die Aufgabe, alles zu unterlassen, was die beiden Teile Deutschlands und die dort lebenden Menschen weiter auseinander treibt, ist in erster Linie uns selbst gestellt, den Deutschen. Die Regierung in Ostberlin demonstriert uns immer wieder, oft in erschütternder Weise,

**Fachkräfte für Einsatz in
Entwicklungsländern gesucht**

Die Arbeitsgemeinschaft evangelischer Kirchen „Dienste in Übersee“ sucht weiterhin Fachkräfte aller Art für den Einsatz in Afrika, Asien und Lateinamerika. In der Bedarfsliste sind u. a. aufgeführt: Dozenten, Lehrer und Lehrerinnen, Ingenieure, Techniker, Facharbeiter, Ärzte, Krankenschwestern, Verwaltungsfachkräfte und Sekretärinnen. Bewerbungen können gerichtet werden an „Dienste in Übersee“, 7 Stuttgart 1, Gerokstraße 17.

wie schwer diese Aufgabe ist. Dem Ostberliner Verlangen nach „Abgrenzung“ — und dazu gehört auch die völkerrechtliche Aufwertung der DDR — dürfen wir nach unserer Meinung im Interesse aller Deutschen nicht nachgeben.

Die von der Bundesregierung geäußerten Hoffnungen finden jedenfalls im Verhalten der Ostberliner Regierung nicht die mindeste Stütze. Es erhebt sich daher in diesem Zusammenhang die Frage, ob die Vertragspolitik der Bundesregierung den Menschen in der DDR, die die Zusammengehörigkeit mit uns — entgegen der politischen Haltung ihrer Regierung — bejahen, eine positive Verbesserung bringt oder als solche erscheint oder nicht.

Es gibt keinen Grund dafür, die Bejahung dieser Politik durch die positiven Kräfte der DDR zu vermuten. Dabei lasse ich nicht außer Ansatz, daß im Interesse des Zusammenhalts aller Deutschen immer wieder von neuem unser Wille demonstriert werden muß, aneinander festzuhalten. Ich bezweifle nur, ob die derzeitige Politik diese innere Einstellung bekräftigen kann.

Risiken und Gefahren bringt die Ostpolitik der Bundesregierung jedoch nicht nur bezüglich der Lösung der Deutschlandfrage, sondern, wie ich fürchte, langfristig für den Zusammenhalt des Westens, für das empfindliche Machtgleichgewicht in Europa und damit für unsere Sicherheit. Sie wird die Bindung der Vereinigten Staaten an Europa nicht intensivieren, sondern eher lockern, und droht die Funktionsfähigkeit der NATO zu beeinträchtigen. Das aber müßte eine beträchtliche Machtverschiebung in Europa zur Folge haben, indem die Sowjetunion ihr militärisches Gewicht im europäischen Bereich nicht etwa militärisch, sondern politisch viel stärker zur Geltung bringen könnte, viel stärker, als dies den deutschen Interessen zuträglich wäre. Es könnte schwerwiegende Auswirkungen haben, wollte man die Sowjetunion als eine aus-

schließlich auf Erhaltung ihres Machtbereichs ausgehende Macht ansehen und außer acht lassen, daß sie sowohl von der Ideologie als von ihrer Machtdynamik her die Tendenz hat, in geschwächte Konstellationen einzudringen, beziehungsweise sie in ihr Kräftefeld einzubeziehen.

Falsches Augenmaß

VII. Zusammengefaßt möchte ich feststellen, daß mir die Risiken, die mit der Ostpolitik der Bundesregierung und mit den Verträgen von Moskau und Warschau verbunden sind, beträchtlich größer erscheinen als die Chancen, die sie bieten können. So, wie die Verträge vorliegen, sind sie ungleich, das heißt in Leistung und Gegenleistung unausgewogen. Die Hoffnungen und Erwartungen, mit denen die Bundesregierung das Mißverhältnis auszugleichen sucht, sind hierfür bei nüchterner Bewertung nicht geeignet, vielmehr werden dabei illusionäre Elemente erkennbar. Im deutschen Interesse müssen wir daher diese mit Risiken und Gefahren verbundenen Verträge ablehnen.

VIII. Wer mir soweit gefolgt ist, wird vielleicht fragen, welche Alternative die Opposition zu bieten habe und welche Politik sie an Stelle der Bundesregierung verfolgt hätte oder verfolgen würde. Wenn die Prämisse der Regierung, daß ein grundsätzliches sowjetisches Interesse an einem Arrangement mit der Bundesrepublik Deutschland gegeben ist, zutrifft — und ich

nehme an, daß sie zutrifft —, so bestand aus unserer Interessenslage kein Anlaß und keine Notwendigkeit, bei Vertragsverhandlungen sich mehr vom Wunsche nach baldigem Abschluß als von der Entschlossenheit zur Wahrnehmung der deutschen Interessen leiten zu lassen. Viel mehr Geduld, weit mehr Standfestigkeit hätten eine bessere Voraussetzung geboten für die Erreichung eines Vertrages, der durch einen „konstruktiven Kompromiß“ zu einem wirklichen Ausgleich der Interessen hätte führen können. Ich bin davon um so mehr überzeugt, als die Motive der Sowjetunion, die ich genannt habe, für die überschaubare Zukunft fortbestehen.

Aus diesem Grunde meine ich auch, daß wir jeder Pression im Zusammenhang mit der Ratifizierung der Ostverträge widerstehen müssen. Ein Scheitern der Verträge würde weder ein Desaster bedeuten wie einmal gesagt wurde, noch die Bundesrepublik Deutschland in die komplette Isolierung führen, wie oft behauptet wird. Die Opposition wird sich von solchen Behauptungen nicht beeindrucken lassen. Entscheidend für uns ist die Wahrnehmung der Interessen aller Deutschen.

Zunehmende Linksorientierung

IX. Abschließend möchte ich auf einen Umstand hinweisen, der sich stärker und stärker manifestiert, nämlich die zunehmende Linksorientierung der deutschen Politik. Die derzeitige Politik dient nicht der Zusammenfassung und Fortentwicklung aller Kräfte im Innern, also einer nachhaltigen Stärkung der Bundesrepublik Deutschland, sondern eröffnet — sozusagen parallel zu den Verträgen — eine unheilvolle Linksverschiebung. Das zeigt der Blick auf die wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Fakten, um nur diese zu erwähnen. Die spannungsreiche Lage, in der sich unser Land befindet, wird durch eine wachsende Linksaktivität charakterisiert, für die das Stichwort „DKP“ genügend deutlich ist.

Ich verkenne nicht, daß auch in anderen europäischen Staaten eine Diskussion im Gange ist, die vom

Standpunkt der Opposition aus mancherlei Bedenkliches enthält. Man muß jedoch immer von neuem darauf hinweisen, daß es einen großen Unterschied macht, ob vergleichbare Diskussionen in Ländern und Staaten, die in sich völlig integriert sind, oder ob sie in einem geteilten Land unserer Gegebenheiten stattfinden.

So ist das „NEIN“ zu den Veträgen nicht nur eine außenpolitische Aussage, sondern es unterstreicht auch eine notwendige innenpolitische Haltung. Ich weiß, daß dieser letztgenannte Gesichtspunkt bei der bisherigen Debatte zu kurz gekommen ist. Es wäre aber schädlich, die Zusammenhänge nicht deutlich und plastisch zu sehen.

Opposition: Ja zum Frieden

X. Das letzte Wort bei diesen Darlegungen muß den osteuropäischen Staaten einschließlich der Sowjetunion gelten. Sie können sich darauf verlassen, daß die Politik der heutigen Opposition immer eine Politik des Friedens und der friedlichen Entwicklung, des Verzichts auf Androhung oder Anwendung von Gewalt, eine Politik zunehmender Entspannung und Kooperation, wo diese nur möglich sind, war und bleiben wird. Die Sicherheit Europas ist, wie mir scheint, in unserer Grundlinie besser aufgehoben als bei dem heutigen Versuch, unge löste Fragen zu lösen, ohne sie konstruktiv zu regeln.



Diese Ausgabe der Evangelischen Verantwortung können Sie in begrenzter Zahl bei der Geschäftsstelle des EAK, 53 Bonn 1, Kaiserstraße 22, nachfordern.

20 Jahre EAK – Rückblick auf Siegen

Keine Freiheit ohne Sicherheit

Peter Egen

Vor zwanzig Jahren, vom 14. bis 16. März 1952, fand in Siegen die erste Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU statt. Hermann Ehlers, damals Bundestagspräsident und eine der führenden Persönlichkeiten der Bonner Szene, hatte die Sammlungsbewegung der Protestanten in den Unionsparteien auf Bundesebene eingeleitet. Einen vorläufigen Höhepunkt dieser Entwicklung bildete die Siegener Tagung. Im folgenden Artikel wird den Bezügen zum zeitlichen Hintergrund sowie den Ursprüngen und Wirkungen des EAK in seiner Anfangsphase innerhalb der Bundesrepublik nachgegangen.

Ein breites Spektrum von Gründern ließe sich für die Errichtung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU auf Bundesebene anführen. Bereits im Dezember 1945 war es zur Institutionalisierung eines Evangelischen Arbeitskreises im Rheinland gekommen und Adenauer hatte die Situation sicherlich richtig erkannt, wenn er auf einer Vorstandssitzung der CDU im zweiten Halbjahr 1951 erklärte, daß der Bestand der CDU nur dann gewährleistet sei, wenn es gelänge, die CDU als größte christliche Sammelpartei zu erhalten.

Bejahung des westlichen Bündnisses

Den unmittelbaren Anlaß zur Gründung des Arbeitskreises dürfte man in der Tatsache sehen, daß die von Adenauer am 19. August 1950 bekundete Bereitschaft, an einer geplanten Europa-Armee auch deutsche Truppen zu beteiligen,

bei führenden Mitgliedern der Evangelischen Kirche beträchtlichen Widerstand ausgelöst hatte, was besonders im Wort des Bruderrates zur Wiederaufrüstung zum Ausdruck kam. Die hier unter wesentlicher Mitwirkung Martin Niemöllers artikulierte Ablehnung jeglicher Remilitarisierungspolitik brachte die CDU als verantwortliche Regierungspartei in erhebliche Schwierigkeiten, da sich zahlreiche evangelische Repräsentanten der Meinung des Bruderrates anschlossen; aber auch innerhalb der CDU ließ sich in protestantischen Kreisen eine gewisse Skepsis gegenüber der Adenauerschen Politik feststellen, die ihren vorläufigen Höhepunkt im Rücktritt von Bundesinnenminister Heinemann am 9. Oktober 1950 erreichte.

Die Fragenkreise der Wiederaufrüstung sowie der Deutschlandpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Wiedervereinigung, spielten im Frühjahr des Jahres 1952 eine besondere Rolle*.

Die immer stärker geäußerten Bedenken im evangelischen Raum

* Anmerkung: Neben der Frage des deutschen Verteidigungsbeitrages beherrschte wenige Tage vor Beginn der ersten evangelischen Tagung in Siegen der sowjetische Grundriß eines Friedensvertrages die politischen Diskussionen. Am 10. März 1952 hatte die Sowjetregierung den drei Westmächten eine Note übermittelt, in der diesen vorgeschlagen wurde, im Rahmen einer Konferenz der vier Großmächte die Ausarbeitung eines deutschen Friedensvertrages vorzunehmen. Der sowjetischen Note war gleichzeitig der Entwurf für einen Friedensvertrag mit Deutschland beigelegt. Note und Vertragsentwurf lassen keinerlei Hinweise darauf zu, daß die UdSSR-Regierung bereit war, freien Wahlen als Voraussetzung zur Bildung einer freien gesamtdeutschen Regierung eine Priorität zuzuerkennen.

gegenüber der CDU ließen die in der Partei führenden Protestanten auf eine repräsentative überregionale Tagung drängen, die dann vom 14. bis 16. März 1952 in Siegen stattfand. Das Wissen um diese beiden Faktoren ist im Hinblick auf das Verständnis der Siegener Tagung erforderlich. Aufgrund der tiefgreifenden Auseinandersetzung innerhalb der Evangelischen Kirche, wobei Teile der Kirche genauso eindeutig zur SPD wie zur CDU hielten, sollte eine große evangelische Tagung der CDU nach außen und ganz besonders im kirchlichen Bereich dokumentieren, daß es der Unionspartei bewußt auf eine Zusammenarbeit und Aussprachemöglichkeit mit der Evangelischen Kirche ankam.

Das geistige Spannungsfeld, in dem 200 evangelische Frauen und Männer drei Tage lang politischen Vorträgen zuhörten und in gemeinsamer Diskussion um die Probleme rangen, war im wesentlichen durch zwei konträre Faktoren gekennzeichnet. Auf der einen Seite standen politische Fragen, auf der anderen das Verhältnis der CDU zu den Kirchen, insbesondere zu ihren Repräsentanten Martin Niemöller und Gustav Heinemann. Letzterer gehörte übrigens im März 1952 der CDU noch als Mitglied an.

Keine Partei in der Partei

Aufgabe der Siegener Tagung war es, „in christlich-evangelischer Verantwortung gegenüber den zeitpolitischen Aufgaben eine Grundlage zu gemeinsamem Handeln festzulegen.“ Auf keinen Fall sollte, nach dem Willen der geistigen Väter der Tagung, die Sammlung evangelischer Christen in der CDU eine „Partei in der Partei“ werden. Dazu erklärte Hermann Ehlers: „Der Zweck dieser ersten evangelischen Arbeitstagung der CDU in

Siegen ist es, einmal Menschen aus allen Teilen Deutschlands zusammenzubringen — evangelische Menschen, die in besonderer Verantwortung in der CDU stehen, und zu versuchen, mit ihnen die wesentlichen gemeinschaftlichen Fragen zu erörtern und sie an ihre besondere Verantwortung zu erinnern. Es ist nicht daran gedacht, daraus ein neues politisches Gebilde wachsen zu lassen, sondern ganz im Gegenteil eine Stärkung der CDU, in der beide Konfessionen sich vor sieben Jahren zu einem gemeinsamen politischen Handeln verbunden haben.“

Damit hatte Ehlers noch einmal ganz besonders auf den Unionscharakter hingewiesen — auf das gemeinsame Handeln von Christen verschiedener Konfession in einer Partei, die bewußt unter dem „C“ zur politischen Auseinandersetzung und Arbeit angetreten waren.

Freiheit für ganz Deutschland

Die Siegener Tagung stand unter dem Leitthema „Unsere politische Verantwortung in einem geteilten Deutschland“, worunter sich auch der von Hermann Ehlers geleitete Arbeitskreis versammelte, welcher von besonderer Bedeutung war, und der sich überwiegend mit Fragen der Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik beschäftigte. In einer Entschließung dieses Arbeitskreises, die von allen Tagungsteilnehmern gebilligt wurde, wird ein Bekenntnis zu den Grundsätzen und Ideen der Adenauerschen Politik abgelegt. Der protestantische CDU-Kreis war einmütig zu dem Ergebnis gekommen, daß ein anderer Weg der deutschen Politik als der gegenwärtige nicht möglich sei. Dabei unterstützten die in Siegen Anwesenden den politischen Weg der damaligen Bundesregierung und forderten mit Nachdruck:

1. Herstellung der Freiheit und Souveränität für ganz Deutschland;
2. Sicherung Deutschlands gegen eine Vernichtung seiner Freiheit;
3. Die Wiedervereinigung in einem freien deutschen Staat;
4. Die Einordnung der Bundesrepublik Deutschland in ein föderativ gestaltetes Europa.

Die beiden weiteren Arbeitskreise standen jeweils unter kultur- bzw. gesellschaftspolitischen Aspekten und wurden von Professor Stier und Dr. Holzapfel geleitet.

Neuer Tagungsstil

Eine Besonderheit verdient noch Erwähnung:

Um dieser Evangelischen Tagung im gesamten Siegener Land eine nachhaltige Wirkung zu verschaffen, fanden am 15. März 1952 abends in über 30 Orten des Siegerlandes kleinere Einzelveranstaltungen — alle unter dem gemeinsamen Leitthema „Unsere Verantwortung für Volk und Vaterland“ — statt, um so die politisch interessierte Bevölkerung direkt anzusprechen.

Mit diesem Versammlungsstil am Rande einer großen Tagung hatten die Veranstalter von 1952 für die CDU Neuland betreten. Man erwartete nicht unbedingt, daß die Bevölkerung aus den umliegenden Ortschaften nach Siegen kam, sondern die CDU-Politiker fanden den Weg hinaus in die Dörfer und Städte des Siegerlandes. So setzte man bereits in der ersten Tagung der evangelischen CDU-Mitglieder neue Akzente, die besonders von den bisher bekannten CDU-Parteiveranstaltungen abwichen.

Bei Durchsicht der Referentenliste findet man neben Hermann Ehlers auch Dr. Gerhard Schröder, MdB, den heutigen Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU sowie die Mitbegründer des Arbeitskreises im Rheinland, Oberstudiendirektor Hellmut Lauffs, Düsseldorf, und den heutigen Bundestagsabgeordneten Dr. Otto Schmidt aus Wuppertal.

Unterstützung durch Adenauer

Welche große Bedeutung die Gesamt-CDU dieser Tagung beimaß, dokumentierte die Ansprache Adenauers auf der Schlußkund-

„C“ für „Fortschritt – Wagnis aus Verantwortung“

Gerd Langguth

gebung, in der er den evangelischen Zusammenschluß innerhalb der Gesamtpartei ausdrücklich begrüßte.

Erster EAK-Vorsitzender: Hermann Ehlers

Der im Anschluß an die Siegener Tagung gebildete Geschäftsführende Ausschuß wählte Hermann Ehlers zum Vorsitzenden des nun konstituierten Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU. Seine Wahl war wohl im wesentlichen durch drei Faktoren bestimmt:

1. Als Oberkirchenrat und Politiker war er in der Lage, eine feste Verbindung zwischen der Kirche und der CDU herzustellen.
2. Schon bei den Vorbereitungen zur Siegener Tagung hatte er sich als treibende Kraft für den Zusammenschluß der Unionsprotestanten profiliert.
3. Als Bundestagspräsident (er wurde in der 93. Sitzung des 1. Deutschen Bundestages am 19. Oktober 1950 in dieses Amt gewählt) genoß er großes öffentliches Ansehen, das ihm besonders in seiner Arbeit im evangelischen Bereich zugutekam.

Siegen hatte den offiziellen Auftakt für die Sammlung der Unionsprotestanten gegeben — 20 Jahre danach läßt sich feststellen, daß der Evangelische Arbeitskreis immer noch zu Recht den Anspruch darauf erheben kann, ein offenes und freimütiges Forum innerhalb der Gesamtpartei zu sein; darüber hinaus ist seine Bedeutung gerade auch darin zu sehen, daß er zum Abbau konfessioneller Schranken innerhalb der Union beiträgt und somit die Aufgabe eines echten Integrationsfaktors zu erfüllen versucht.

Mancher, der sich gerne als „progressiv“ gefeiert wissen will, fordert die Abschaffung des „C“ im Namen der CDU und CSU. Vielen erscheint dieses Attribut als schlichtweg unmodern und somit abschaffungswert. Doch eine Streichung des „C“ wäre nicht nur scheinprogressiv, sondern das würde die CDU wahrscheinlich auch vor eine ihrer entscheidendsten Selbstverständniskrisen bringen müssen. Welche positive Funktion kommt nun dem „C“ in einer sich ständig wandelnden Welt zu?

Gerade aus dem „C“ heraus läßt sich der Zwang zu einer dynamischen und offensiven Politik entwickeln, die ganz im Gegensatz zur klerikalen Engstirnigkeit und zur „Ewig-Gestrigkeit“ steht, die man den Verfechtern des „C“ gerne anzuhaften versucht. Das muß vor allem auch denjenigen klar sein, die Politik als Christen und aus christlicher Verantwortung heraus betreiben. Die Erfahrungen der Kirchen zum Beispiel in der Weimarer Republik und im Hitler-Regime haben deutlich aufgezeigt, daß die Politik — und Weltferne, die früher aus dem Christentum heraus begründet wurde, die Probleme dieser Welt nicht zu lösen vermag. So ist vor allem Karl Barths Aufruf zur Mitverantwortung des einzelnen Christen auch im politischen Bereich statt lapidarer Untertanentreue so zu werten, daß das Zeitalter der rapiden Urbanisierung unserer Welt zu deren geistigen Bewältigung ein hochentwickeltes politisches Bewußtsein benötigt. Zumal die ökumenische Dimension christlicher Verantwortung hat im Zeitalter der Internationalität besondere Bedeutung erhalten.

Vor allem für den Christen sollte klar sein: Glaube kann nie mit dem status quo zufrieden sein. Darum bedeutet er heilsame Unruhe, darum muß er auch präzise Fragen an Tradition, Routine und Sitte stellen.

Klar ist jedoch, daß es eine schlechthinig „christliche Politik“ nicht geben kann, sondern nur eine Politik aus christlicher Verantwortung, da auch Christen in ihren praktisch-politischen Schlußfolgerungen trotz gemeinsamer Glaubensgrundlage zu anderen Ergebnissen kommen können. „C“ hat vor allem die Funktion eines Appells an jedes einzelne Mitglied der CDU, deutlich eine Wertgebundenheit in das politische Handeln mit einzubringen, was trotz allen notwendigen Pragmatismus gerade im Zeichen einer Unruhe in der jungen Generation seine Bedeutung hat. „C“ bedeutet das Anpacken aller Aufgabenstellungen, die unter dem Schlagwort „Humanisierung der Gesellschaft“ zusammengefaßt werden können. Über der Problematik von Mitbestimmung und Vermögensverteilung dürfen andere wichtige Fragen — vor allem auch im kommunalpolitischen Bereich — nicht ungelöst bleiben. Ein Beispiel hierfür sind die „Elendsviertel“, die einer größeren Aufmerksamkeit durch eine kritische Öffentlichkeit bedürfen.

„C“ bedeutet aber vor allem Offenheit und Dynamik und führt von daher zur Ablehnung jeder Ideologie, die Politik nur unter starre Dogmen zwingen würde, da Ideologien ein politisches Denkbäude mit meist utopischen Zielvorstellungen sind, dessen geistige Grundlagen nicht mehr reflektiert und kritisch analysiert werden. „C“ ist also ideologiesprengend und geht auch von der Forderung aus, die eigenen geistigen Grundlagen in Frage zu stellen. „C“ heißt aber nicht zuletzt die Vermittlung eines politischen Koordinaten- und Wertesystems, das sowohl die Freiheit des einzelnen als auch dessen Hineingebundenheit in eine Gesellschaft sieht. „C“ bedeutet also auch eine klare Ablehnung einerseits des schrankenlosen Liberalismus mit seiner Tendenz zum Egoismus als andererseits auch jedweden Kollektivismus mit dessen

Zur Situation an der Hochschule

Eberhard Amelung

Tendenz der Entmündigung des einzelnen.

„C“ heißt also nicht „Reaktion“ oder Festhalten am status quo. „C“ heißt, zwischen dem Weg des totalen Pragmatismus und des totalen Ideologismus einen konsequenten Mittelweg einzuschlagen. Nur so ist „Fortschritt — Wagnis aus Verantwortung“ möglich. „C“ heißt offensive Politik des Verändernwollens. „C“ als reines Traditionsetikett müßte sich selbst ad absurdum führen. Wenn die CDU nicht mehr inhaltlich hinter dem „C“ steht, dann müßten allerdings aus Verantwortung gegenüber dem „C“ die Konsequenzen zu seiner Streichung gezogen werden. „C“ ist aber vor allem als ein Aufruf zur Glaubwürdigkeit des einzelnen Politikers zu verstehen.



Die Situation an den deutschen Hochschulen erscheint heute weniger in den Schlagzeilen als noch vor einigen Jahren. Dennoch vollzieht sich ein Prozeß, der für die Zukunft von Forschung und Lehre von entscheidender Bedeutung ist. Dieser Prozeß ist nur mit dem vergleichbar, der sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Deutschland ereignete. Damals brach wie heute ein neues Zeitalter an, in dem die Wissenschaft sich selbst neu definierte und ihr Verhältnis zum Staat neu bestimmte. Beides, Neudefinition des Selbstverständnisses der Wissenschaft und Neubestimmung des Verhältnisses zum Staat, beeinflußte die gesamte Gesellschaft und hatte deshalb politische Wirkungen. Genauso wird heute die klare Trennung von Wissenschaft und Politik in einer Zeit des Umbruchs infrage gestellt. Die Gefahr der jetzigen Situation besteht darin, daß die Begriffe, in denen die Reformen gefaßt werden, nicht klar definiert sind. Im folgenden soll versucht werden, zur Klärung der hochschulpolitischen Situation mit Hilfe zweier Definitionen beizutragen.

Was bedeutet Politisierung?

Die Begriffe Politisierung und Demokratisierung beherrschen die Diskussion. Politisierung ist der Oberbegriff, der Grundlage einer Analyse sein muß. Der Begriff wird weitgehend dazu benutzt, Gefahren der Entwicklung an den Hochschulen aufzuzeigen. Seine gegenwärtige Funktion ist ihm aus der deutschen Geistesgeschichte zugewachsen, in der Geist und Macht, Politik und Wissenschaft nie recht zusammenfanden. Deshalb kann jeder, der über die Politisierung der Hochschule und der Wissenschaft spricht, damit rechnen, aufmerksam gehört zu werden, weil alle Werte

der deutschen Vergangenheit bedroht erscheinen. Welche Wirklichkeit verbirgt sich in dem Begriff der Politisierung?

Politisierung bedeutet zunächst nicht, daß parteipolitische Gesichtspunkte für die hochschulpolitischen Konzeptionen ausschlaggebend werden. Das gilt ebenso für die linken wie für die rechten Parteien. Aber in der heutigen Situation üben die Parteien nicht direkt Macht an den Hochschulen aus; sie tun es allerdings in hohem Maße durch die Kultusverwaltungen, ohne daß man immer bestimmte Entscheidungen der CDU oder der SPD zurechnen könnte.

Die heute wesentliche Dimension des Begriffs der Politisierung muß auf einer allgemeineren Ebene als der der Parteipolitik gesucht werden. Es ist die Ebene des Gemeinwohls. Politisierung meint, daß die Dinge der „polis“ auch im Wissenschaftsbetrieb berücksichtigt werden müssen. Damit wird Wissenschaft als eine Dimension gesellschaftlichen Lebens gesehen; sie kann weder in ihrer Bedingtheit noch in ihrer Verantwortung von der Gesellschaft gelöst werden, ohne daß durch diese Beziehung sachfremde Gesichtspunkte an die Wissenschaft herangetragen werden. Denn eine Wissenschaft, die sich nicht dem Gemeinwohl verpflichtet weiß, ist eine Wissenschaft gegen den Menschen. Sie aber hätte keinen Anspruch darauf, von den Menschen, und das heißt von der Gesellschaft, geschützt zu werden. Die Sachgemäßheit und das Gemeinwohl fallen allerdings auch nicht automatisch zusammen. Das Verhältnis muß immer wieder neu durchdacht und bestimmt werden. Grundsätzlich muß man nur festhalten: Solange die Arbeit der Wissenschaftler dem Gemeinwohl dienen soll — und wem anders sollte sie wohl dienen? —, wird man auch die Politik nicht von der Wissenschaft trennen können.

Es entsteht allerdings das Problem, auf welcher Ebene die poli-

tischen Entscheidungen in bezug auf die Wissenschaft gefällt werden sollen. Die herkömmliche deutsche Universität war eine Staatsuniversität und war als solche immer von der Politik abhängig. Ihre Arbeitsmöglichkeiten wurden von den Größenordnungen des jeweiligen Landeshaushalts bestimmt. Über Neuentwicklungen wurde weitgehend von der Ministerialbürokratie entschieden. Zwar haben die der Sache nahestehenden Fakultäten die neuen Entwicklungen angeregt und Ausweitungen beantragt. Da aber immer grundsätzlich mehr beantragt wurde, als bewilligt werden konnte, fielen die Entscheidungen über die Art der Entwicklung und ihr Tempo doch in den Kultusverwaltungen.

von Ideologie sehr verschieden. Ganz allgemein genommen heißt es, daß weltanschauliche Gesichtspunkte eine Rolle spielen. Wieder stellt sich die Frage, ob weltanschauliche Gesichtspunkte nicht auch sachfremde sein müssen. Ideologisierung ist ein Reizwort, das mehr verschleiert als enthüllt. Es wird von beiden Seiten in der hochschulpolitischen Situation gebraucht, ohne daß damit die Situation selbst erhellt wird. Sowohl der Spartakus als auch christliche Kreise möchten ihre Ideen mit den damit verbundenen Wertvorstellungen in der Struktur und der Arbeit der Hochschule einflußreich sehen. So wie der Spartakus politisch-ökonomische Analysen als eine der wesentlichen Aufgaben der Hochschulen sieht, so die andere Seite die Pflege traditioneller Werte. Die theologischen Fakultäten der Hochschulen mögen für die eine Seite Beispiel unerlaubter Verbindung von Kirche und Staat, für die andere Seite Garant für die Kontinuität mit der Vergangenheit sein.

der naturwissenschaftliche Wissenschaftsbegriff mehr als 100 Jahre dominierte, darf hier über das vorhandene Problem nicht hinwegtäuschen. Er kann und darf den anderen Wissenschaften nicht aufgezungen werden.

Weil der Wissenschaftsbegriff auch gesellschaftlich bedingt ist, kann über ihn nicht von einer Gruppe der Gesellschaft entschieden werden. Zwar gibt es unterschiedliches „Wissen“ in dieser Sache, aber keine ausschließliche Kompetenz. Dem unterschiedlichen Wissen entspricht die gestufte Verantwortung. Dementsprechend erscheint die aufgefächerte Mitbestimmung der verschiedenen Gruppen der Universität als die heute sachgemäße Lösung des Problems der Demokratisierung der Hochschule.

Für sachnahe Entscheidungen

Ein Teil der neuen Hochschulgesetze will die Entscheidung über die Weiterentwicklung der Universitäten nun auf die Ebene der Hochschule verlegen. Damit ist die Möglichkeit für sachnahe Entscheidungen gegeben, da die Hochschule selbst innerhalb des vom Landeshaushalt gesteckten Rahmens über ihre Entwicklung befindet. Diese sachnahen sind aber zugleich politische Entscheidungen, das heißt, die Politisierung der Hochschule führt aus der Anonymität der Kultusverwaltungen heraus in die Offenheit inneruniversitärer Entscheidungen. Eine Politisierung in diesem Sinn kann nur ablehnen, wer der Meinung ist, daß die Kultusverwaltungen den Hochschulen an Sachkompetenz überlegen sind. Eine ohne Zweifel fragwürdige These.

Demokratisierung durch aufgefächerte Mitbestimmung

Wer von der Politisierung der Hochschule spricht, kann an der Demokratisierung nicht vorbeigehen. Beide Dinge lassen sich nicht voneinander trennen. Wenn die politischen Entscheidungen über Wissenschaft von der Ebene der Ministerialbürokratie in die Hochschule verlagert werden, dann muß auch die Frage gestellt werden, wie die Entscheidungen demokratisch kontrolliert werden können. Wieder entsteht das Problem, ob demokratische Kontrolle sachfremde Entscheidungen notwendig macht. Zu oft und zu leicht wird diese Frage bejaht. Zu wenig aber wird überlegt, wie die Sachgemessenheit im Bereich der Hochschule definiert werden kann, da die Sachlichkeit der Wissenschaft nicht ein für allemal feststeht, sondern nur im Gespräch der Wissenschaften auf dem Wege der Übereinstimmung gewonnen werden kann. Sie ist unmittelbar mit dem Wissenschaftsbegriff selbst verbunden, dieser aber auch gesellschaftlich bedingt. Die Tatsache, daß

Willkommen in Pforzheim

Zur 17. Bundestagung begrüßen wir die Teilnehmer von nah und fern sehr herzlich und hoffen, daß von dieser Tagung wesentliche Impulse für unsere gemeinsame Arbeit in der Union ausgehen. (Tagungsbeginn: 10. März 1972, 20 Uhr, Jahnhalle)

Ideologisierung als Reizwort

Die Politisierung hat aber auch noch einen dritten Aspekt. Es kommen bei den Entscheidungen innerhalb der Hochschule wie innerhalb der Kultusverwaltungen bestimmte „ideologische“ Gesichtspunkte zum Tragen. Natürlich ist die Bedeutung

Zum Verlauf des innerdeutschen Dialogs

Jürgen Wohlrabe

Der Berliner Bundestagsabgeordnete Jürgen Wohlrabe gehört zu der Gruppe der jungen Parlamentsmitglieder in Bonn. Der 35jährige Politiker war über mehrere Jahre Vorsitzender der Jungen Union Berlins. Heute ist er stellvertretender Vorsitzender der CDU in der geteilten Stadt.

Am 20. Januar dieses Jahres trafen sich die Staatssekretäre Bahr vom Bundeskanzleramt und Kohl vom Ministerrat der DDR, um den in Erfurt und Kassel eingeleiteten innerdeutschen Dialog fortzusetzen. Das Ziel dieser Gespräche ist, einen Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR zu entwerfen, in dem alle Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands geregelt, und das heißt, verbessert werden.

Nach den Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR beziehungsweise Polen und nach den Verhandlungen über Berlin geht es jetzt also um Deutschland. Es geht nicht um die Lösung des deutschen Problems und darum auch nicht um eine Normalisierung, denn Normalisierung ist mehr als das, was uns von manchen in Politik und Publizistik heute immer weißzumachen versucht wird. Solange Deutschland geteilt ist, ist die Lage in unserem Land nicht normal. Das trifft auch dann noch zu, wenn wider Erwarten die Ergebnisse der jetzt zwischen Bahr und Kohl anlaufenden Verhandlungen äußerst günstig ausfallen sollten.

Worum geht es also in einer Zeit, in der aufgrund der kommunistischen Haltung eine Lösung des deutschen Problems nicht möglich ist? Es geht darum: die schlimmsten Auswirkungen der unmenschlichen Teilung zu beseitigen; Auswirkungen, unter denen die Menschen jenseits und diesseits der unsinnigen Grenze zu leiden haben. Bundeskanzler Brandt beschrieb diese übrigens gemeinsame Zielsetzung aller im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien am 20. März

1970 wie folgt: „Es gilt, Fortschritte zu erzielen, die mehr Freizügigkeit bringen und den Menschenrechten Raum schaffen.“

Bisher keine innerdeutschen Verbesserungen

Seitdem sind fast zwei Jahre vergangen, zwei Jahre, in denen sich die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Staaten Osteuropas weiterentwickelt haben, in denen die Ostpolitik der Bundesregierung zu Ergebnissen geführt hat, die in der Öffentlichkeit wie in den politischen Parteien zum Teil deshalb heftig umstritten sind, weil die Bundesregierung eher zu viele, aber ganz bestimmt nicht zu wenige Beweise ihres guten Willens geliefert hat, die Politik der Entspannung voranzubringen.

Diese Politik der Bundesregierung ist in Ost-Berlin bisher auf taube Ohren gestoßen. Die DDR hat sich zwar dazu bequemt, an einer Berlin-Regelung mitzuwirken, aber der Verlauf der Verhandlungen auf der deutschen Ebene und, wie ich meine, auch das Ergebnis zeigen, mit wieviel Abneigung sie dem Verhandlungsauftrag der vier Mächte nachkam. Verhandlungen beider deutscher Postverwaltungen haben zu einer Vermehrung der Telefon- und Fernschreibleitungen geführt. Für Berlin konnte die Aufnahme eines Telefonverkehrs zwischen den beiden Stadtteilen erreicht werden. Voraussetzung dafür war aber die Zahlung von einmal 250 Millionen DM an die DDR sowie nunmehr jährlich Zahlungen in Höhe von 30 Millionen DM.

Aber damit ist die Liste der innerdeutschen Verbesserungen der letzten beiden Jahre bereits erschöpft.

Die SED hat bisher auch die sparsamste Geste des guten Wil-

lens vermieden, die eine Bereitschaft unterstrichen hätte, am Abbau der zwischen den beiden Teilen Deutschlands bestehenden Unnatürlichkeiten und Abnormitäten mitzuwirken. Aber wenn es darum geht, die Beziehungen der beiden deutschen Teile untereinander und Dritten gegenüber zu regeln, dann gilt es auch, sich über die Unnatürlichkeit der künstlichen Trennung von Menschen eines Volkes, einer Stadt, einer Familie zu unterhalten, dann muß auch über die Abnormalität der innerdeutschen Grenze gesprochen werden, die ihresgleichen in der Welt sucht.

Die Regierung der DDR wird täglich allein durch die Menge der Briefpost, die zwischen den Teilen Deutschlands ausgetauscht wird, in ihrer Behauptung widerlegt, zwischen den Deutschen in der DDR und denen in der Bundesrepublik gäbe es keine besonderen Beziehungen. Millionenfache verwandtschaftliche Bindungen sind das Ergebnis der engen Lebensgemeinschaft der deutschen Nation, die erst durch die Errichtung der Mauer abrupt und künstlich unterbrochen wurde. Daß diese deutsche Realität bei einer Regelung gewürdigt werden muß, ist ein einfaches humanitäres Gebot.

UN-Charta fordert Freizügigkeit

Aber selbst wenn wir einmal von der These Ost-Berlins ausgehen, nach der die Bundesrepublik für die DDR Ausland ist, so muß sich Entscheidendes ändern, wenn die DDR sich wie ein normales Völkerrechtssubjekt verhalten will, dem man die Anerkennung nicht verweigern kann. Die DDR strebt die Zugehörigkeit zu den Vereinten Nationen an. Damit ist die Anerkennung der von der UN aufgestellten Grundsätze verbunden. Am 10. Dezember 1948 beschlossen die Vereinten Nationen eine Charta der Menschenrechte. Artikel 13 dieser Charta lautet: „Jedermann hat das Recht auf Freizügigkeit und Niederlassung innerhalb eines jeden Staates. Jedermann hat das Recht, jedes beliebige Land, auch sein eigenes, zu verlassen und in dieses zurückzukehren.“ Wie will eigentlich die

DDR ihre Mitgliedschaft in der UN mit der notorischen Ignorierung dieses fundamentalen Menschenrechtsgrundsatzes vereinbaren?

Schießbefehl — Menschenverachtung

Das Problem reicht aber noch tiefer. Ich glaube, niemand, der zu logischem Denken bereit ist, kann sich eine dauerhaft entspannte Lage in Europa vorstellen, solange quer durch die Mitte des Kontinents ein Minenfeld gelegt ist und an dieser Grenze Menschen mitten im Frieden getötet werden. Dieser Verstoß gegen elementarste Regeln der Menschlichkeit ist so schwerwiegend, daß er immer wieder Spannungen provozieren muß. Wenn die DDR um Aufnahme in die Völkerfamilie nachsucht, dann muß sie sich um ein Minimum an Einhaltung von Spielregeln bemühen, die nun einmal zwischen zivilisierten Nationen existieren. Es ist die Sache der SED, mit der Tatsache fertigzuwerden, daß trotz stärkster Sicherungsmaßnahmen immer wieder Einwohner der DDR versuchen, sich dem Machtbereich der SED zu entziehen. Es ist schon peinlich genug, daß ein Kapitän eines DDR-Schiffes der Freiheitsberaubung überführt wird. Aber wenn dann die Presse der DDR auch noch Bundesminister Genscher des Verstoßes gegen internationales Recht bezichtigt, weil er seine Pflicht erfüllt hat, so wie jeder seiner Kollegen in Dänemark, Schweden, den Niederlanden das gleiche getan hätte, nämlich das internationale Asylrecht zu befolgen, dann zeigt dieses Verhalten Ost-Berlins eben, daß man dort keine Ahnung hat, wie es in zivilisierten Staaten zugeht und daß man dort offenbar das internationale Recht nicht kennt oder nicht kennen will.

Genauso peinlich ist es, wenn ausgerechnet in den Niederlanden Herr von Schnitzler die Zustände an der belgisch-holländischen Grenze mit denen an der Mauer in Berlin vergleicht und die Existenz eines der ganzen Welt bekannten Schießbefehls schlichtweg leugnet. Der menschenverachtende Zynismus, der diesem Vergleich ent-

strömte, war ein trauriger Beweis für die Feststellung, daß die DDR nicht reif für die internationale Anerkennung ist. Damit ist auch die Bundesregierung aufgerufen, das Aufnahmegesuch der DDR in die Vereinten Nationen nicht zu unterstützen und entsprechend bei den internationalen Partnern der Bundesrepublik vorstellig zu werden.

SED will Abgrenzung

Die Antwort der SED auf die Versuche der Bundesregierung, das Verhältnis zwischen den beiden Teilen Deutschlands auf eine normale Ebene zu stellen und den Menschen im geteilten Land ein paar Erleichterungen zu verschaffen, lautet Abgrenzung. Die Bundesrepublik ist für den SED-Vorsitzenden Honecker nicht nur Ausland, sondern imperialistisches und somit feindliches Ausland. „Unser Feindbild stimmt genau.“ Dieser Satz aus dem Munde des SED-Chefs wiegt schwer. Bleibt es das letzte Wort, ist das Ende der Entspannung nur noch eine Frage der Ehrlichkeit westlicher Politiker gegenüber sich selbst.

Wer unversöhnliche Feindschaft zur Maxime staatlichen Handelns erklärt, gefährdet immer den Frieden. Die Saat des Hasses kann irgendwann einmal aufgehen. Eine Entspannungspolitik, die auf einer solchen Haltung aufgebaut wird, ist keine. Der Abbau von Schranken, der Austausch von Meinungen und Gütern, der Verkehr von Menschen, das sind Ziele der Entspannungspolitik, weil dadurch Vorurteile und Mißtrauen abgemildert werden können.

Die SED jagt ihrem Wunschtraum nach, anstatt das Beste aus der Wirklichkeit zu machen. Wenn Honecker glaubt, daß seine Untertanen aufhören, sich als Deutsche zu fühlen, die sich natürlich mit ihren Landsleuten in der Bundesrepublik auf eine besondere Weise verbunden wissen, dann muß er noch sehr lange diese Menschen eingemauert in künstlicher Isolation halten. Dadurch steigert er wiederum die Sehnsucht der in Abgrenzung Gehaltene nach größerer Bewegungsfreiheit. Es bleibt ein

Evangelische Verantwortung 3/1972

Teufelskreis, den die SED nur mit unverhüllter Diktatur unter Kontrolle halten kann.

Honecker hat mit seinem brutalen Nein zu praktisch jeder Form menschlicher Begegnung nicht nur Hoffnungen in seinem Machtbereich zerstört, sondern seine Aussage ist auch geeignet, alle weitergehenden Erwartungen, die diesseits der Mauer an die Ostpolitik geknüpft worden sind, zu begraben. Daß solche Erkenntnis auch die Meinung zu den bisherigen ostpolitischen Schritten beeinflusst, ist nur konsequent.

Keine Änderung der SED-Politik

Die SED glaubt, nach Abschluß des Moskauer Vertrages und des Berlin-Abkommens ihre alte Politik fortsetzen zu können, so als ob nichts geschehen wäre. Berlin ist von Ost und West zum Testfall für östliche Entspannungsbereitschaft erklärt worden. Nun liegt zwar ein Vertrag vor, aber offenbar scheint Ost-Berlin davon auszugehen, daß dieser Vertrag nur die vier Unterzeichnermächte bindet.

Der neuerliche Protest der DDR gegen die Anwesenheit des Bundespräsidenten in West-Berlin ist ein ernster Vorgang. Das Recht des Bundespräsidenten, sich in Berlin aufzuhalten, ist nur zu bestreiten, wenn man das Berlin-Abkommen nicht zur Kenntnis nehmen will. Wenn allerdings die SED das Berlin-Abkommen nur als einen Schritt auf dem Wege zur selbständigen politischen Einheit betrachtet, dann ist auch eine Überprüfung der bisherigen Standpunkte der Bundesregierung und des Senats notwendig, um weitere Gefahren für West-Berlin rechtzeitig abwehren zu können.



Leser- Briefe

Die hier geäußerten Ansichten
stimmen nicht unbedingt mit
denen der Redaktion überein.

Die Tarnstrategie der „Normalisierung“

Seit Beendigung des II. Weltkrieges versucht die Sowjetunion mit allen Mitteln der juristischen Täuschung, die Tatsache ihrer Hoheitsgewalt und Souveränität über die osteuropäischen Länder aus dem Bewußtsein der Weltöffentlichkeit zu verdrängen und durch ein Realitätsbild zu ersetzen, das die Souveränität diesen von ihr beherrschten Ländern zuordnet und sie als „Staaten“ erscheinen läßt. Warschauer Pakt und bilaterale Verträge innerhalb des sowjetischen Machtbereichs haben ausschließlich die Aufgabe, diese „Realitäten“ vorzutäuschen und die umfassende wirtschaftliche, militärische, publizistische und organisatorische Souveränität der sowjetischen Zentralregierung über Osteuropa zu tarnen. Wenn verantwortliche Politiker der westlichen Welt den politischen Status Osteuropas lediglich als Hegemonie auffassen oder ihre Blicke auf die Breschnew-Doktrin, die Theorie von der beschränkten „Souveränität“, fixieren oder aber gar die von fremder Macht eingesetzten Regierungen Osteuropas mit der zwar ebenfalls illegitimen, aber tatsächlich souveränen Regierung Rotchinas gleichsetzen, wie es im Gutachten der amerikanischen Lodge-Kommission geschieht, so zeigen diese Vorgänge, welchen Einfluß das Tarnbild von den osteuropäischen „Staaten“ bereits erreicht hat. Der strategische Zweck dieses Tarnbildes besteht zunächst darin, den Westen vom Dialog und von Verhandlungen in der Frage der

europäischen Wiedervereinigung zu trennen, die sinnvoll nur mit der tatsächlichen Macht und Kompetenz in Osteuropa geführt werden können. Die juristische, scheinbare Verlagerung von Kompetenzen ist, wenn sie vom Gegner als tatsächliche „anerkannt“ wird, die wirksamste Methode, die eigene Macht abzuschirmen und den status quo im eigenen Bereich zu sichern. Hier liegt der Grund dafür, daß die „Normalisierung der Beziehungen“ zwischen den Westmächten und den osteuropäischen Ländern im Jahre 1945 bis heute zu keiner Veränderung der inneren Verhältnisse dieser Länder geführt hat. Auch die EKD-Denkschrift von 1965, die bisher nicht korrigiert worden ist, geht von der Annahme nationaler Selbständigkeit der Regierungen in den osteuropäischen Ländern aus.

In demselben Maße jedoch, wie der westlichen Politik durch die „Normalisierung der Beziehungen“ der Weg zu einer Wiedervereinigung Mitteleuropas, Polens und der anderen Länder Osteuropas mit der demokratischen Lebensform abgeschnitten wird, öffnet sich für die Sowjetunion das Einfallstor nach Westeuropa. Die Aktivität von sieben sowjetisch gesteuerten Botschaften samt Personal auf dem Boden der Bundesrepublik ist gewiß nicht gering zu bewerten. Der Spielraum, den die Sowjetunion in der Deutschlandfrage gewinnt durch Auftreten als „selbständiger ostdeutscher Staat“, läßt sich an den Wirkungen ablesen, die die Gedanken des Rapacki-Plans und der „europäischen Sicherheitskonferenz“ durch ihren Vortrag in polnischem bzw. rumänischem Gewande erzielt haben. Die weittragendsten Folgen ergeben sich allerdings daraus, daß auch provokative und militärische Aktionen eines „selbständigen ostdeutschen Staates“ nicht mehr der Sowjetunion zugerechnet werden. Die Meinung wird sich unter den westlichen Verbündeten verbreiten, daß die Bundesrepublik sich gegen derartige Aktionen selbst verteidigen könne. Damit wird die Bundesrepublik aus der Solidarität und Zuständigkeit der NATO herausgelöst und sich selbst überlassen. Sie bietet sich als Experimentier-

feld für begrenzte Konflikte an. Statt der vom Westen erstrebten Stabilisierung wird das Gegenteil erreicht.

Die Strategie der „Normalisierung der Beziehungen“ zielt demnach auf die Fundamente der Sicherheit der Bundesrepublik.

Die freien Demokratien des Westens sind offenbar nicht zu dem Erkenntnis fähig, daß politische Systeme mit zentraler Informationslenkung und hermetischer Abschirmung gegen unkontrollierte Einblicke von außen die Möglichkeit haben, die Außenwelt über die wahren Verhältnisse im Innern ihres Machtbereichs zu täuschen. Politik ist aber nur auf der Basis der tatsächlichen Realitäten möglich und setzt die Fähigkeit voraus, auch unter erschwerten Umständen fingierte und wahre Realitäten zu unterscheiden.

Man kann nicht eindringlich genug darauf hinweisen, daß die „Staatlichkeit“ der osteuropäischen Länder, einschließlich Ostdeutschlands, eine Fiktion ist.

Karl-Achim Dietsch
5 Köln 1, Altengrabengäßchen 5

Unsere Autoren

Dr. Gerhard Schröder, MdB,
53 Bonn, Bundeshaus

Dr. Peter Egen,
5606 Tönisheide, Schubertstraße 32

Gerd Langguth, RCDS-Bundesvorsitzender,
53 Bonn, Jagdweg 7

Prof. Dr. Eberhard Amelung,
355 Marburg, Spiegelstuweg 2

Jürgen Wohlrabe, MdB,
53 Bonn, Bundeshaus